

# Klage gegen den WDR

**Vergeblich verlangte ein freier Journalist mit Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz eine Auskunft vom WDR.**

Der Bonner Jura-Student und freie Journalist Marvin Oppong hat den WDR vor dem Verwaltungsgericht Köln verklagt (Az.: 6 K 2023/08). Damit sieht sich erstmals ein öffentlich-rechtlicher Sender wegen eines verweigerten Auskunftsbegehrens nach dem Informationsfreiheitsgesetz mit einer juristischen Auseinandersetzung konfrontiert.

Oppong verlangt seit Sommer 2006, dass ihm der Sender Auskunft darüber erteilt, ob seit

dem Jahr 2002 Aufträge an bestimmte aufgelistete Unternehmen und Personen vergeben wurden. Oppong interessiert die Frage, ob es unerlaubte Geschäftsbeziehungen zwischen dem Sender und seinen Rundfunkratsmitgliedern gibt. Einen konkreten Klüngelverdacht hat er aber nach eigenen Angaben nicht.

Der WDR weigerte sich bislang, ihm die entsprechenden Informationen zu geben. Der Sender streitet ab, eine „informationspflichtige Stelle“ im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes zu sein. Er sei auch keine auskunftspflichtige Behörde im Sinne des Pressegesetzes. Zudem handele es sich um Betriebsinterna und Geschäftsgeheimnisse, die der WDR nicht offenbaren dürfe, da ihm ansonsten wirtschaftlicher Schaden entstehen könne.

Die Düsseldorfer NRW-Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Bettina Sokol, bei der sich Oppong über den WDR beschwerte, sieht das anders. Sie forderte die Rundfunkanstalt mehrmals auf, die Anfrage des freien Journalisten zu beantworten oder zumindest die Ablehnungsgründe umfassend darzulegen. Nach ihrer Auffassung kann der WDR aber allein Schutz personenbezogener Daten geltend machen, soweit es um Aufträge an natürliche Personen gehe. In diesem Fall könnten die Angaben geschwärzt werden, meint Sokol. Der WDR will offenbar das juristische Verfahren abwarten, um eine rechtsgründliche Klärung der Frage zu erreichen. Dem *journalist* sagte Marvin Oppong: „Der Konflikt mag zwar nach einem Kampf David gegen Goliath aussehen. Zum Glück herrscht in einem Rechtsstaat aber Waffengleichheit vor Gericht. Letztlich wird allein Justizia entscheiden und nicht der augenscheinlich Stärkere.“

